

WAHLPRÜFSTEINE

Von „aktiv in Berlin“

1. Welche Position vertritt ihre Partei in Bezug auf eine verlässliche Anerkennungskultur für bürgerschaftliches Engagement?

Eine gesellschaftliche Ressource, wie sie das Bürgerschaftliche Engagement darstellt, muss gepflegt und gefördert werden. Dazu gehört auch eine ausgeprägte und verlässliche Anerkennungskultur, die sich nicht nur auf den Internationalen Tag des Ehrenamtes am 5. Dezember oder andere besondere Augenblicke beschränken darf. Es ist eine Aufgabe von Staat, Medien, Wirtschaft, Verbänden und Parteien, die Anerkennung des Bürgerschaftlichen Engagements zu fördern.

2. Welche Verbesserungen kann ihre Partei sich diesbezüglich vorstellen?

Wer sich bürgerschaftlich engagiert, tut dies nicht nur ohne Bezahlung. Sehr oft zahlen die Ehrenamtler auch noch drauf. Hier sind Änderungen im Gemeinnützigkeitsrecht denkbar, die starke Belastungen abfedern. So ist die steuerliche Absetzbarkeit von Zeitspenden vorstellbar.

Ein anderes Problem ist die verschuldensunabhängige Haftung von Vereinsvorständen. Viele Ehrenamtler tragen große wirtschaftliche Verantwortung und müssen deshalb oft schlaflose Nächte verbringen. Auch hier müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen überprüft werden.

Meine Fraktion setzt sich auch für eine Anrechnung des freiwilligen Engagements als Praktikum, Wartesemester oder Weiterbildung ein.

Aber auch innerhalb der vielen Organisationen, in denen sowohl ehrenamtliche als auch bezahlte Kräfte arbeiten, steht es nicht immer sehr gut mit der Anerkennungskultur. Oftmals fühlen sich Ehrenamtler dabei als Hilfskräfte der „Profis“. Hier ist zu überlegen, wie man die Arbeit neu strukturiert, denn eines ist sicher: Die 30 Prozent der Berliner, die sich ehrenamtlich engagieren, beweisen, dass man auch im Rahmen des Bürgerschaftlichen Engagements hochprofessionelle Arbeit und Hilfe leisten kann.

In Unternehmen muss sich noch mehr die Überzeugung festsetzen, dass Bewerber, die sich ehrenamtlich engagieren, über ihre Ausbildung und Berufserfahrung hinaus für das Unternehmen wichtige Schlüsselqualifikationen mitbringen. Hier wären Kampagnen der zuständigen Verbände oder Kammern in ihren Mitgliedsbetrieben denkbar.

3. Wie steht ihre Partei finanziellen Anreizen als Teil einer Anerkennungskultur gegenüber?

Die FDP steht zur Förderung des Freiwilligen Sozialen und des Freiwilligen Ökologischen Jahres, in denen junge Menschen etwas für das Gemeinwesen tun können. Gleichzeitig haben sie dabei die Möglichkeit, ihren Horizont zu erweitern und wichtige Erfahrungen und Kenntnisse zu sammeln. Die Berliner FDP begrüßt außerordentlich, dass diese Möglichkeit mit dem von der Bundesregierung eingeführten Bundesfreiwilligendienst nun allen Altersgruppen, z.B. auch Senioren ermöglicht wird. Damit steht ein Instrumentarium für ein verlässliches Bürgerschaftliches Engagement zur Verfügung. Letztendlich kann aber kein Anreiz so groß sein, wie das befriedigende Gefühl, etwas für sein Gemeinwesen und seine Mitmenschen getan zu haben.

Der Verein „aktiv in Berlin“ Landesnetzwerk Bürgerengagement finanziert sich ausschließlich durch Mitgliedsbeiträge. Bei nunmehr 70 Mitgliedern und einen Jahresbeitrag von 50,- € eine zu geringe Summe um verlässlich eine Geschäftsstelle zu unterhalten. „aktiv in Berlin“ ist seit seiner Gründung auf die ehrenamtliche Unterstützung und Geschäftsführung durch den Treffpunkt Hilfsbereitschaft angewiesen.

Damit besteht die Gefahr, dass Engagement im Sinne der Zivilgesellschaft und im Sinne des mündigen Bürgers zu gering beachtet wird. Das Landesnetzwerk Bürgerengagement ist das einzige Landesnetzwerk in Deutschland das sich nur aus Mitgliedsbeiträgen finanziert.

4. Wie kann die verlässliche Finanzierung für das „aktiv in Berlin“ Landesnetzwerk Bürgerengagement sichergestellt werden?

Sicherlich durch einen Zuschuss aus dem Berliner Landeshaushalt, auf den das Netzwerk „aktiv in Berlin“ hofft. Die FDP-Fraktion ist der Auffassung, dass bestimmte Zuschüsse aus dem Landeshaushalt auch Investitionen in die Zukunft sind, da an anderer Stelle gespart wird, weil z.B. keine Folgekosten eines sozialen Problems anfallen. Wo eine solche Perspektive gegeben ist, ist die Berliner FDP-Fraktion auch bereit im Rahmen der Haushaltsberatungen entsprechende Anträge zu stellen bzw. zu unterstützen.

Politik bedeutet aber auch das Setzen von Prioritäten. Das Geld, das eine Institution neu bekommt, muss einer anderen weggenommen werden. Die finanzielle Lage in Berlin lässt keinen Haushaltsaufwuchs zu. So müssen alle Empfänger öffentlichen Geldes den effektiven und effizienten Umgang damit stets aufs Neue beweisen.

Parallel müssen Institutionen, die im Rahmen des Bürgerschaftlichen Engagements arbeiten, sich um alternative Finanzierungen bemühen. Hier bieten Fundraising-Instrumente und das Stiftungsrecht Möglichkeiten.

5. Welchen Stellenwert haben europäische Themen und insbesondere das Engagement zum Europäischen Jahr der Freiwilligkeit? Nach dem derzeitigen Stand sieht die Landesregierung keine finanzielle Unterstützung des Europäischen Jahrs der Freiwilligkeit vor.

Auch Bürgerschaftliches Engagement muss über den Tellerrand schauen. Deutschland kann in diesem Bereich noch viel von anderen Ländern lernen, aber auch umgekehrt ist auch Deutschland für viele Länder in diesem Bereich Vorbild. Das Jahr sollte zum Anlass genommen werden, dass man Rahmenbedingungen schafft, in denen ein fachlicher internationaler Austausch und Wissenstransfer ermöglicht wird. Schade, dass sich der Senat hier zurückhält.

6. „aktiv in Berlin“ Landesnetzwerk Bürgerengagement ist fest überzeugt, dass bürgerschaftliches Engagement in allen Parteien eine zentrale Rolle spielen muss und zivilgesellschaftliche Vertreter bei der Umsetzung von Integrationsstadtteilkonzepten beteiligt werden müssen. Welche Möglichkeiten sieht ihre Partei, den Prozess der Beteiligung der Zivilgesellschaft an Stadtteilkonzepten, besonders bei Integrationskonzepten zu garantieren und zu festigen?

Bürgerschaftliches Engagement geschieht nicht von oben, sondern es kommt in der Regel aus der Mitte der Gesellschaft. Darum ist Bürgerschaftliches Engagement am besten dazu geeignet, soziale Probleme, die in Stadtteilen, im Kiez vorherrschen zu bekämpfen. Denn die Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren kommen oft aus dem Kiez, in dem sie auch aktiv sind. Dementsprechend kennen sie die Probleme und Notwendigkeiten am besten und sind einer Lösung der Probleme am nächsten.

Ein Teil der Probleme bezieht sich auf den Bereich der Integration. Meine Fraktion ist der festen Überzeugung, dass die Schlüssel zur Integration Leistung und Eigenanstrengung der Zuwanderer sind. In den meisten Fällen gelingt das auch deshalb, weil auch viele Menschen mit Migrationshintergrund sich selbst ehrenamtlich engagieren. Damit leisten sie einen hervorragenden Beitrag zur Integration. Trotzdem muss auch unter Migranten noch mehr für die Möglichkeiten des Bürgerschaftlichen Engagements geworben werden. Hilfreich sind aus Sicht meiner Fraktion die sogenannten Tandem-Projekte.

7. Unterstützt ihre Partei die Gründung einer Beratungs- und Informationsstelle zur Fördermittelakquise im Bürgerschaftlichen Engagement?

Auch Bürgerschaftliches Engagement benötigt Wissenstransfer. Dementsprechend muss eine Infrastruktur bereit stehen, in deren Rahmen sich Ehrenamtliche beraten, aber auch fortbilden können. Hier sieht meine Fraktion vor allem die großen Verbände, die von ehrenamtlicher Tätigkeit profitieren, in der Pflicht. Der Staat kann da nur flankierend tätig sein, z.B. durch die Entsendung von geeigneten Verwaltungsmitarbeitern, die beraten oder fortbilden können.

8. Unterstützt ihre Partei eine Umstellung von einer kurzfristigen zu einer langfristigen Finanzierung einer Engagement fördernden Infrastruktur?

Hilfe und Arbeit, die im Rahmen des Bürgerschaftlichen Engagements geleistet werden, brauchen Verlässlichkeit. Das muss bei der Finanzierung einer Engagement fördernden Infrastruktur berücksichtigt werden. Gleichzeitig müssen alle Empfänger öffentlichen Geldes, aber auch privater Spendengelder den effektiven und effizienten Umgang damit regelmäßig beweisen.

9. Welche Möglichkeiten sieht ihre Partei, ungenutzte öffentliche Infrastruktur kostenlos für Initiativen im bürgerschaftlichen Engagement zugänglich zu machen?

Bevor öffentliche Infrastruktur verkommt, weil sie nicht genutzt wird, muss überlegt werden, inwieweit sie nicht von privaten Initiativen genutzt werden kann. Dort wo das rechtlich möglich, wirtschaftlich sinnvoll und vor allem mit einem Mehrwert für die Gesellschaft verbunden ist, wird das die Berliner FDP unterstützen.

Der Fokus sollte sich jedoch nicht nur auf öffentliche Infrastruktur richten. Es gibt auch viel private Infrastruktur, die nicht genutzt wird. Z.B. Läden, die teilweise seit Jahren leer stehen. Hier sind privatrechtliche Zwischennutzungen denkbar, wie sie beispielhaft im Nord-Neuköllner Reuter-Kiez sehr erfolgreich praktiziert werden und einen Problem-Kiez zum Leben erweckt haben.

10. Erkennt ihre Partei die berlin-weite Bedeutung des Bürgerengagements sowie die von „aktiv in Berlin“ Landesnetzwerk Bürgerengagement als Ressort übergreifenden Fachverband an?

Ja, denn für die Berliner Liberalen ist bürgerschaftliches Engagement Ausdruck einer lebendigen Bürgerkultur. Bürger sind für Bürger da, das ist gelebter Gemeinnutz. Es ist auch Ausdruck des Subsidiaritätsprinzips, dass Probleme nicht gleich bei öffentlichen Einrichtungen abgegeben werden. Nicht nur, aber auch vor dem Hintergrund leerer öffentlicher Kassen bildet Bürgerschaftliches Engagement die größte Ressource, wenn es darum geht, den Herausforderungen des gesellschaftlichen und demografischen Wandels zu begegnen. Das bedeutet jedoch nicht, dass der Staat sich komplett aus der Verantwortung zurückziehen kann. Nicht „entweder oder“, sondern beides ist Teil einer gemeinsamen Weiterentwicklung des generationenübergreifenden Zusammenhalts der Gesellschaft.